

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Sozialausschusses am 16.11.2022
(11. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Vorstellung des Lotsenpunktkonzeptes der Stadt Neuss	4
3 Vorstellung von Frau Betül Schulz als Projektleiterin für Sprach- und Integrationskurse der Stiftung Büderich	4
4 Bestellung eines neuen Mitgliedes für den Seniorenbeirat Vorlage: FB2/1603/2022	5
5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0597/2022	5
6 Haushalt 2023	6
7 Anträge	10
8 Anfragen	11
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	11
10 Termin der nächsten Sitzung: Dienstag, den 21.03.2023	11
11 Verschiedenes	11

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Markus Frank Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Sachkundige Bürgerin

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jonas Kräling

von der SPD-Fraktion

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied Vertretung für Frau Kirsten Danes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dario Dammer Ratsmitglied Vertretung für Frau Ann Luisa Kanders

Frau Aliina Housden Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege Ratsmitglied Vertretung für Herrn Marc Möhr

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied Vertretung für Herrn Josef Gather

Beratende Mitglieder

Frau Heike Gabernig Evangelische Kirchengemeinde

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Jonas Kräling

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ann Luisa Kanders

Herr Marc Möhr

Integrationsrat

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Josef Gather

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Simons

Behindertenbeauftragter

Herr Oswald Hepner

Seniorenbeirat

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Focken die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder und stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

2 Vorstellung des Lotsenpunktkonzeptes der Stadt Neuss

Der Ausschussvorsitzende teilt dem Ausschuss mit, dass die Vortragende erkrankt sei und dieser TOP deswegen leider erneut auf die nächste Sitzung verschoben werden müsse.

3 Vorstellung von Frau Betül Schulz als Projektleiterin für Sprach- und Integrationskurse der Stiftung Büderich

Frau Schulz stellt das Projekt „Gemeinsam in Meerbusch“ vor. Die Stiftung Büderich habe in Verbindung mit der Stadt Meerbusch dieses Projekt ins Leben gerufen, das es sich zum Ziel gesetzt habe, insbesondere zugewanderte Ukrainer/innen in Meerbusch in ihrem neuen Lebensumfeld zu unterstützen.

Sie führt aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Fördermitteln dafür gesorgt werden solle, dass in Meerbusch Sprachkurse zunächst vorrangig für Menschen, die aus der Ukraine gekommen seien, angeboten werden könnten. Kern dieser Maßnahmen seien Sprachkurse, die neuzugewanderte Schüler/innen gezielt im Erwerb derjenigen Deutschkenntnisse unterstützen, die diese zur erfolgreichen Teilnahme am schulischen Fachunterricht benötigten.

Es sei geplant, erste Sprachkurse in den Weihnachtsferien dieses Jahr und den Osterferien 2023 anzubieten. In Kooperation mit den Schulen in Meerbusch solle langfristig allen Kindern mit Migrationsgeschichte eine sprachliche Förderung angeboten werden können.

Es gelte aber nicht nur, sprachliche Barrieren zu überwinden, sondern oft müssten auch auf die durch die Fluchterfahrungen entstandenen Traumata Rücksicht genommen werden. Deshalb sei ein einfühlsamer Umgang mit den Menschen wichtig.

Unterstützung bekomme die Stiftung auch von der Stadt Meerbusch. Für die Arbeit sei ihr ein Büro im Büdericher Rathaus zur Verfügung gestellt worden. Ebenso stelle die städtische Bibliothek Räumlichkeiten für Kurse zur Verfügung.

Sie wirbt für die Beteiligung von BürgerInnen, die das Projekt unterstützen möchten – sei es mit Angeboten für Räumlichkeiten, finanziell oder durch ehrenamtliche Mitarbeit.

Zudem versuche man aktuell in Zusammenarbeit mit der ukrainisch orthodoxen Kirchengemeinde Düsseldorf, eine Weihnachtsfeier für die Geflüchteten zu organisieren.

Zum Abschluss stellt sich Frau Schulz selbst kurz vor und führt aus, dass sie eine im Bereich Sprach- und Integrationskurse erfahrene Projektleiterin sei. Als Sprachwissenschaftlerin habe sie neben ihrem Studium der Ägyptologie ein Zertifikatsstudium im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ absolviert. Sie selber spreche durch ihre diversen Aufenthaltsaufenthalte im Rahmen ihrer Tätigkeit als Ägyptologin mehrere Fremdsprachen.

Ratsherr Dammer fragt nach der Zusammensetzung des Teams.

Frau Schulz führt aus, dass sie auf 8 geeignete Lehrkräfte, die – nach entsprechender Qualifikation – Deutsch als Zweitsprache auf Honorarbasis unterrichten, zurückgreifen könne. Des Weiteren stünden ehrenamtliche Helfer zur Verfügung, an die bereits eine Familie vermittelt worden sei. Die Rheinische Post unterstütze die Arbeit des Projektes mit einer laufenden Berichterstattung.

Ratsherr Berthold bittet um Informationen zu den aktuell betreuten Schülerzahlen und dem benötigten Raumbedarf.

Frau Schulz berichtet, dass die Angebote für Kinder an den Schulen erfolgten und auch in den Räumlichkeiten der Schule durchgeführt würden. Hier sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Projekt und Schule gegeben, die die persönliche Situation der Kinder berücksichtige. Dabei beschränke man den Zugang nicht auf ukrainische Kinder, sondern beziehe alle Kinder mit Migrationshintergrund mit ein. Schwieriger sei die Schaffung von Kursen für Erwachsene, da hierfür Räumlichkeiten benötigt würden, die aktuell noch nicht gefunden seien.

Ratsfrau Niegeloh möchte wissen, ob es sich um qualifizierte Lehrkräfte handele, die im Projekt tätig würden und ob es eine Kooperation mit der VHS gebe.

In Beantwortung führt Frau Schulz aus, dass nicht alle Personen ausgebildete Lehrer seien, aber alle einen Bezug zum Thema hätten. Eine Kooperation mit der VHS bestehe momentan nicht.

Ratsfrau Housden und sachkundige Bürgerin Pricken begrüßen dieses Projekt sehr und betonen dessen Wichtigkeit, gerade für die Kinder im Vorschulalter oder mit afghanischer Abstammung.

Ratsfrau Glasmacher fragt nach, ob eine Zusammenarbeit mit dem Projekt „Flüchtlinge helfen Flüchtlingen“ und den ansässigen Sportvereinen bestehe.

Frau Schulz nimmt diese Anregungen gerne auf, verweist jedoch darauf, dass sich das Projekt erst im Anfangsstadium bzw. Aufbau befinde.

Abschließend bedankt sich der Ausschussvorsitzende Herr Focken für den Vortrag und zeigt sich gespannt auf die weitere Entwicklung des Projektes.

4 Bestellung eines neuen Mitgliedes für den Seniorenbeirat Vorlage: FB2/1603/2022

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, Herrn Werner Kasprowicz als neues Mitglied für den Seniorenbeirat zu bestellen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig angenommen

Keine Wortmeldungen

5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0597/2022

Frau Dreyer stellt die Vorlage mit den aktualisierten Statistiken vor. Besonders weist sie darauf hin, dass es durch 45 Zuweisungen in den Monaten September und Oktober zu Verdichtungen in der Belegungssituation in den Einrichtungen gekommen sei. Aktuell sei es anders nicht möglich. Schwierig-

rig gestalte sich auch der Auszug von Untergebrachten in eigenen Wohnraum, wobei auffalle, dass die Ukrainer leichter neuen Wohnraum fänden als andere Geflüchteten Gruppen. Generell fehle es aber an bezahlbarem Wohnraum.

Des Weiteren werde die Turnhalle Stettiner Straße im Januar 2023 zur Unterbringung von Geflüchteten in Betrieb genommen. In Rücksprache mit der Bezirksregierung solle die Belegung möglichst homogen erfolgen, um die Belastungen für alle möglichst gering zu halten.

Ratsfrau Niegeloh bittet um Erläuterung, was in Bezug auf die UmFs Brückenlösungen bedeuteten. Der Fachbereichsleiter Herr Annacker erklärt, dass aktuell keine Plätze für die Unterbringung der UmFs in stationären Einrichtungen/Kinderheimen mehr frei seien. Aus diesen Gründen müssten sogenannte Brückenlösungen/Provisorien geschaffen werden. Deren Vorteil bestehe darin, dass für diese keine Genehmigungen erforderlich seien. Ein Beispiel hierfür sei die Radiowerkstatt Fröbelstraße. Aktuell suche man nach einer Lösung für die Unterbringung von 20 UmFs.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken verweist hierfür auf die Immobilie Meerbuscher Straße.

Hier entgegnet Herr Annacker, dass das mit der aktuellen Nutzungsgenehmigung nicht umsetzbar sei. Die Nutzung laut der Bauakte lasse keine Unterbringung als Flüchtlingsunterkunft mit Einzelpersonen zu, eine Prüfung der Möglichkeiten erfolge aktuell. Eine Nutzungsänderung würde wiederum zu einer Anwendung aktueller Brandschutzauflagen führen.

Die sachkundige Bürgerin Frau Pricken bittet um Information, ob die sozialpädagogische Begleitung von Familien sichergestellt sei, die bereit seien, einen UmF privat aufzunehmen.

Herr Annacker sichert zu, dass betroffene Familien im Rahmen von Fachleistungsstunden unterstützt werden würden. Schwierig sei momentan nur die stationäre Unterbringung.

Ratsfrau Niegeloh fragt, was mit dem Gebäude der Malteser auf der Uerdinger Straße sei.

In Beantwortung teilte Herr Annacker mit, dass man versuche, hier einen Kontakt zur Klärung herzustellen.

6 Haushalt 2023

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushaltes 2023 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und der Veränderungsliste der Verwaltung, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	14		2

Mehrheitlich angenommen

Im Einzelnen werden die Produkte wie folgt besprochen:

Produkt 050 311 010 – Soziale Hilfen

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	16		

Produkt 050 312 010 – Jobcenter

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	16		

Produkt 050 313 010 – Soziale Hilfen für Asylbewerber

Zu diesem Produkt liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.
Ratsherr Mocka stellt dem Ausschuss den Antrag vor. Nach kurzer Diskussion wird der Antrag zur Entscheidung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verwiesen.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über das gesamte Produkt.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	16		

Produkt 050 315 010 – Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker geht unter diesem Produkt auf die Veränderungsliste der Verwaltung ein und erläutert, dass diese durch die Inbetriebnahme der Turnhalle Stettiner Straße zum Januar 2023 für die Unterbringung von geflüchteten Menschen erforderlich geworden sei. Der Haushaltsansatz sei somit entsprechend anzupassen gewesen. Es könne jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich noch weitere Veränderungen ergäben.

In diesem Zusammenhang fragt der Ausschussvorsitzende nach, ob eine neue Gebührensatzung für die Einrichtung Stettiner Straße gefertigt werde.

Dies bejahte Herr Annacker und sagte eine entsprechende Vorlage für den nächsten Sozialausschuss zu.

Abstimmungsergebnis Veränderungsliste:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	16		

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über das gesamte Produkt.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	16		

Produkt 050 315 020 – Einrichtungen für Wohnungslose

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	16		

Produkt 050 331 010 – Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege

Die sachkundige Bürgerin Frau Pricken wünscht sich eine Erfassung dessen, was die geförderten Träger an Leistungen erbringen würden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken verweist auf die zum Abruf der Fördermittel zu erbringenden erforderlichen Verwendungsnachweise. Dies seien doch die Nachweise über die erbrachten Leistungen.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über das gesamte Produkt.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Gesamt:	17	16		

Produkt 050 351 010 – Sonstige Soziale Leistungen

Zu diesem Produkt liegt ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

Ratsfrau Niegeloh stellt dem Ausschuss den Antrag vor.

Ratsherr Dammer sieht durchaus die Notwendigkeit, in diesem Bereich tätig zu werden, hält jedoch den Antrag nicht für präzise genug, da er keine Verteilungssystematik vorgebe.

Ratsherr Wartchow bestätigt die Bedenken, da es aktuell noch zu viele Unwägbarkeiten gebe, welche anderen Auffangmodelle noch geschaffen würden. Zudem sehe er vorrangig die Stadtwerke in der Verpflichtung, Lösungen zu finden.

Diese Sichtweise teilt Ratsherr Berthold und hält die Einrichtung eines Härtefallfonds bei den Stadtwerken für zielführender. So könne der Antrag seitens der FDP nicht befürwortet werden.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker ergänzt, dass die Heizkosten im Rahmen der Transferleistungen abgedeckt seien und es dort nicht zu Problemen kommen dürfe. Hinzu komme die Übernahme des Gasabschlages im Dezember und die Heizkostenbremse. Anders sehe es möglicherweise bei den Stromkosten aus, da hier ein Anteil im Regelbedarf enthalten sei und keine Übernahme der tatsächlichen Kosten im Rahmen der Transferleistungen erfolge.

Ratsfrau Niegeloh entgegnet hierzu, dass der Fraktion die Schwierigkeiten in der Umsetzung eines solchen Antrages bewusst gewesen seien, aber man wolle sicherstellen, dass auch Menschen, die knapp über den Grenzen für Transferleistungen lägen, abgesichert seien.

Der Kämmerer Herr Volmerich äußert zudem rechtliche Bedenken, wenn die Stadt Geld an Privatpersonen zahle. Des Weiteren verweist er darauf, dass eine Stadt von der Größe Hannovers nur 150.000,- € in einen derartigen Härtefallfonds eingestellt habe.

Ratsherr Berthold erinnert daran, dass seit Jahren versucht würde, eine soziale und ökologische Komponente in die Zielsetzung der Stadtwerke einzuarbeiten. Bisher seien diese Versuche immer gescheitert.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Information, ob es denn bisher Übernahmemöglichkeiten für Stromrückstände bei den Sozialleistungsträgern gegeben habe.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker bestätigt, dass schon immer an die Transferleistungserbringer Anträge auf Übernahme von Strom- oder Heizkostenschulden gestellt werden konnten.

Die sachkundige Bürgerin Frau Pricken sieht aufgrund der bestehenden verschiedenen Hilfsmöglichkeiten bei den Transferleistungserbringern zwar die gute Absicht des Antrages der SPD, halte ihn aber in dieser Form ebenfalls nicht für zielführend.

Ratsfrau Niegeloh möchte trotz der genannten Argumente eine Abstimmung über den Antrag, da sie Sorge habe, dass Menschen durch das Raster fallen könnten.

Abstimmungsergebnis SPD Antrag:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		7	
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/Die Grünen	3			3
GRÜN-alternativ	1			1
UWG/Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	2	10	4

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über das gesamte Produkt.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	14		2

Sonderhaushalt:

Der Sonderhaushalt wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

7 Anträge

Im Nachgang zu den Haushaltsberatungen zum Produkt 050 331 010 wird die Verwaltung durch den Sozialausschuss beauftragt, möglichst bis zur nächsten Sitzung im März 2023 einen Workshop mit Politik, Verwaltung sowie Vereinen und Verbänden zu initiieren, um daraus konzeptionelle Überlegungen zur Aktivierung des Ehrenamtes im SA vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		

Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
GRÜN-alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			
Gesamt:	17	16		

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 7. Geburtstag des Pappkarton wurde berichtet, dass zusätzliche Lagermöglichkeiten benötigt würden und dazu in Absprache mit der Verwaltung (SB11) ein Holzhaus auf dem Gelände aufgebaut werden solle. Der Fachbereichsleiter Herr Annacker berichtet, dass bei der Beschaffung und dem Aufbau eines Holzhauses für die Diakonie Meerbusch Kosten in Höhe von 4.920,85€ entstanden seien. Die Diakonie bittet um einen Zuschuss zu den Kosten.

Der Sozialausschuss beauftragt daraufhin die Verwaltung, eine Kostenübernahme- bzw. Zuschussmöglichkeit zu finden.

Ratsherr Berthold verweist hierzu auf die Mittel aus dem Fonds für Bürgerwünsche, der dieses Jahr möglicherweise nicht verbraucht werde.

Diese Lösung findet im Ausschuss allgemeine Zustimmung.

8 Anfragen

Keine Anfragen

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker teilt auf Nachfrage durch den Ausschussvorsitzenden mit, dass die Umsetzung zur Sanierung der Obdachlosenunterkünfte noch voll im Zeitplan liege. Er sagt zu, etwaige Abweichungen umgehend im Ausschuss mitzuteilen.

10 Termin der nächsten Sitzung: Dienstag, den 21.03.2023

11 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Meerbusch, den 23. November 2022

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Michaela Kümmel
Schriftführer/in